

Viele Unklarheiten rund um den Ferienunterricht

Eltern und Lehrer deuten Verordnung zu den Schulstunden in den Semesterferien unterschiedlich. Was die Bildungsdirektion tatsächlich plant.

Von Michael Kloiber

Heute ist sie acht Tage alt, die Verordnung des Bildungsministers bezüglich der diesjährigen Semesterferien. Sie regelt nicht nur die vorverlegte schulfreie Woche, sondern vor allem den sogenannten „Ergänzungsunterricht“.

Diese Ferienschule sorgt aber nach wie vor für Unklarheiten: „Zwar gibt es Schulen, die sich vorbildlich verhalten, leider wurde aber auch viel unvollständige oder falsche Information zu spät ausgegeben“, sagt Ilse Schmid vom Landesverband der Elternvereine. So hätten manche Bildungsanstalten nie darüber informiert, dass teilweise eine Ganztagesbetreuung möglich sei. „Andere überlegen sich offenbar überhaupt, ob sie den Unterricht anbieten.“ Schmid meint, dass die Verordnung so nicht angedacht gewesen sei – „die darin erwähnte Freiwilligkeit beziehe sich nur auf die Teilnahme, nicht das Angebot an sich“. Tatsächlich sieht der Gesetzestext aber vor, dass eine Ablehnung bei zu wenig Anmeldungen genauso möglich wäre wie eine Zusammenlegung von Standorten oder Schulstufen.

Pflichtschullehrer-Gewerkschafter Josef Pilko kritisiert daher die Informationspolitik des Bundes: „In pandemischen Zeiten kann nicht alles immer optimal sein, aber das war mehr als unglücklich.“ Dass Schüler größere Defizite aus dem ersten Semester in den Ferien aufarbeiten werden, glaubt er nicht: „Ich denke, hier geht es vor allem um die Betreuung.“ Dem widerspricht ein Blick in die Verordnung – darin ist klar geregelt, dass der Zweck des Ergänzungsunterrichts darin besteht, etwaigen „Aufholbedarf in zumindest einem der Pflichtgegenstände Deutsch, Mathematik oder angewandte Mathematik sowie Fremdsprachen“ auszuräumen. Das allerdings sei, so Pilko, erst mit dem Förderunterricht im Sommersemester möglich, der am Montag angekündigt wurde.

Seitens der Bildungsdirektion (BD) erhebt man noch bis Freitag den Bedarf für den Ferienunterricht. Pädagogen können sich bis Ende nächster Woche melden, die Einteilung der Stunden gestalten die Schulen dann autonom: „Wir werden versuchen, dass Fachlehrer unterrichten“, heißt es von der BD. Fix ist das nicht – finden sich zu wenig Lehrer, springen Studenten ein.

Unterrichtet werden soll möglichst an jedem Standort, meint die BD. Dort verweist man in Sachen Nachmittagsbetreuung außerdem auf die Gemeinden. Die kontern: „Damit wir das vorbereiten können, brauchen wir Klarheit darüber, welche Standorte geöffnet sind“, betont man im Büro des Grazer Bildungsrats Kurt Hohensinner.

